

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

Berliner Handbücher

Handbuch des sozialgerichtlichen Verfahrens

Systematische Gesamtdarstellung

mit zahlreichen Beispielen und Mustertexten

Von

Prof. Dr. Otto Ernst Krasney

Vizepräsident des Bundessozialgerichts a. D.

Prof. Dr. Peter Udsching

Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht a. D.

Dr. Andy Groth

Vizepräsident des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts

Dr. Miriam Meßling

Vizepräsidentin des Bundessozialgerichts

8., völlig neu bearbeitete Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

<https://ESV.info/978-3-503-20629-2>

Zitiervorschlag:

Bearbeiter, in: Krasney/Udsching/Groth/Meßling, Handbuch des sozialgerichtlichen Verfahrens, 8. Aufl. 2022

1.–2. Auflage erschienen in der Verlagsgruppe Jehle Rehm

...

6. Auflage 2011

7. Auflage 2016

8. Auflage 2022

ISBN 978-3-503-20629-2 (gedrucktes Werk)

ISBN 978-3-503-20630-8 (eBook)

ISSN 1865-4185

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2022

www.ESV.info

Druck: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort zur 8. Auflage

Mit der 8. Auflage erlebt das Handbuch, 30 Jahre nach dem Erscheinen der 1. Auflage, einen grundlegenden Wandel. Die Gründergeneration freut sich, dass mit Dr. Miriam Meßling und Dr. Andy Groth zwei namhafte Vertreter der jüngeren Generation der Sozialgerichtsbarkeit das Handbuch in seiner bisherigen – im Vorwort zur ersten Auflage vorgestellten – Grundkonzeption fortführen werden. Die jüngere Generation wiederum bedankt sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und sieht sich in der Verantwortung, den Klassiker des Sozialprozessrechts in einer den Herausforderungen der modernen Informationsgesellschaft gerecht werdenden Weise so fortzuentwickeln, dass er auch in Zukunft eine wichtige Arbeitshilfe für alle Akteure des sozialgerichtlichen Verfahrens ist.

Zahlreiche Änderungen sowohl im SGG – insbesondere im Hinblick auf den elektronischen Rechtsverkehr – als auch im materiellen Sozialrecht, dessen Problemschwerpunkte in der forensischen Praxis vor allem in den Beispielen und Schriftsatzmustern behandelt werden, machen nach fünf Jahren eine Neuauflage erforderlich. Diese berücksichtigt wie gewohnt neue Entscheidungen und Literatur und trägt – insbesondere was den Einsatz der Videokonferenztechnik an den Sozialgerichten betrifft – den aktuellen Einflüssen Rechnung, die die noch andauernde Corona-Pandemie auf den Verhandlungsbetrieb bei den Sozialgerichten ausübt.

Die Verfasser sind nach wie vor dankbar für Anregungen aus dem Leserkreis und bitten insoweit um eine freundliche Begleitung des Buches.

Im Dezember 2021

Dr. Otto Ernst Krasney
Dr. Peter Udsching
Dr. Miriam Meßling
Dr. Andy Groth

Vorwort

Das Buch soll eine Hilfe bei der Durchführung eines sozialgerichtlichen Verfahrens in allen drei Instanzen sein. Es will den Beteiligten und ihren Prozessbevollmächtigten in erster Linie rechtliche und auch tatsächliche Besonderheiten dieses Verfahrens näherbringen und die von der Rechtsprechung eingeschlagenen Wege aufzeigen. Verfahrensrechtliche Fragen werden auch anhand von Beispielen aus den einzelnen Gebieten des Sozialrechts Lösungen zugeführt. Eine systematische Darstellung des Sozialgerichtsprozesses wurde dagegen ebenso wenig angestrebt wie eine wissenschaftliche Auflistung und Diskussion der Zweifelsfragen.

Die für die praktische Handhabung erforderliche Beschränkung des Umfangs erzwang aber auch – vor allem für die Darstellung des Verfahrens in erster und zweiter Instanz – eine Beschränkung in der Auswahl und Vertiefung der Schwerpunkte. Ebenso musste allgemein auf umfangreiche Literaturnachweise verzichtet werden, die jedoch in den jeweils zitierten und auch unter diesem Gesichtspunkt ausgewählten Schrifttumsnachweisen zu finden sind. Nur so war es möglich, die zugleich in praxisrelevante Bereiche des materiellen Sozialrechts einführenden Muster und Beispiele einzuschieben.

Auf Anregungen und Kritik sind die Verfasser angewiesen und danken hierfür im Voraus.

Im Mai 1991

Dr. Otto Ernst Krasney
Dr. Peter Udsching

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 8. Auflage	V
Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Bearbeiter	XXV
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
I. Kapitel Gesetzliche Grundlagen, Schrifttum	1
II. Kapitel Gerichtsverfassung	5
III. Kapitel Allgemeine Grundsätze des sozialgerichtlichen Verfahrens	39
IV. Kapitel Das Klagesystem	107
V. Kapitel Der vorläufige Rechtsschutz	153
VI. Kapitel Die Verfahrensbeteiligten	183
VII. Kapitel Das erstinstanzliche Verfahren	217
VIII. Kapitel Das Berufungsverfahren	285
IX. Kapitel Revision	321
X. Kapitel Beschwerde, Erinnerung, Anhörungsrüge, Verzögerungsrüge	475
XI. Kapitel Wiederaufnahme des Verfahrens	499
XII. Kapitel Kosten	523
XIII. Kapitel Vollstreckung	591
Besonderheiten des sozialgerichtlichen Verfahrens in Schlagworten	603
Sozialgerichtsgesetz (SGG)	611
Stichwortverzeichnis	683

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Bearbeiter	XXV
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
I. Kapitel Gesetzliche Grundlagen, Schrifttum	1
1 Gesetzliche Grundlagen	1
2 Schrifttum, Entscheidungssammlungen	3
II. Kapitel Gerichtsverfassung	5
1 Gerichtsbarkeit und Richteramt, Gerichte	5
2 Rechtsweg	7
2.1 Zulässigkeit des Rechtsweges	7
2.2 Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten i. S. des § 51	7
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten nicht verfassungs- rechtlicher Art	7
2.2.2 Den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit nach § 51 Abs. 1 und 2 zugewiesene öffentlich-rechtliche Streitigkeiten	8
2.2.2.1 Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten	9
2.2.2.2 Nach § 51 zugewiesene öffentlich-rechtliche Streitigkeiten	13
2.2.2.3 In anderen Gesetzen als dem SGG besonders zugewiesene Angelegenheiten	16
2.2.3 Einzelfälle aus Rechtsprechung und Schrifttum	17
2.3 Entscheidung über den Rechtsweg	31
2.3.1 Vorrang der Rechtswegentscheidung; Prioritäts- grundsatz	31
2.3.2 Positiver Kompetenzkonflikt	31
2.3.3 Negativer Kompetenzkonflikt	35
2.3.3.1 Umfang der Bindung	35
2.3.3.2 Verweisung	35
III. Kapitel Allgemeine Grundsätze des sozialgerichtlichen Verfahrens	39
1 Amtsbetrieb und Konzentrationsmaxime	39
2 Amtsermittlungs- oder Untersuchungsgrundsatz	40
2.1 Allgemeines	40

2.2	Umfang der Amtsermittlungspflicht	41
2.2.1	Beweisanträge der Beteiligten	42
2.2.2	Mitwirkung der Beteiligten	43
2.2.2.1	Fehlende Mitwirkung bei ärztlicher Begutachtung	43
2.2.2.2	Folgen fehlender Mitwirkung	44
3	Grundsatz der Gewährung rechtlichen Gehörs	44
4	Das Beweisverfahren	47
4.1	Allgemeine Grundsätze	47
4.2	Beweismittel	48
4.3	Die Beweiserhebung	50
4.3.1	Allgemeine Grundsätze	50
4.3.2	Beweiserhebung ohne Beweisbeschluss	51
4.3.3	Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme	51
4.3.3.1	Begrenzte Zulässigkeit einer Zurückverweisung an die Verwaltung	52
4.3.3.2	Übernahme von Tatsachenfeststellungen aus Sachverständigengutachten	53
4.3.3.3	Wiederholte Zeugenvernehmung	53
4.4	Einzelheiten der Beweiserhebung durch Sachverständi- gengutachten	54
4.4.1	Notwendigkeit einer Beweiserhebung	55
4.4.1.1	Auswertung vorliegender Gutachten	56
4.4.1.2	Einwände des Klägers	57
4.4.1.3	Sachverständigengutachten ohne Aktenkenntnis	58
4.4.1.4	Gutachten aus einem anderen Rechtsstreit	58
4.4.1.5	Gutachten mit widersprechenden Ergebnissen	58
4.4.2	Durchführung des Sachverständigenbeweises	60
4.4.2.1	Rechtsgrundlagen	60
4.4.2.2	Auswahl des Sachverständigen	60
4.4.2.3	Auswahl eines bestimmten Arztes	60
4.4.2.4	Einwände gegen das schriftliche Gutachten	63
4.4.2.5	Mündliches Gutachten durch den Sachver- ständigen im Termin	64
4.4.3	Gutachten nach § 109	65
4.4.3.1	Allgemeines	65
4.4.3.2	Ablehnung des Antrags, Frist für die Antragstellung	67
4.4.3.3	Formulierung des Beweisthemas	68
4.4.3.4	Auswahl eines bestimmten Arztes	69
4.4.3.5	Kosten der Beweiserhebung nach § 109	70
4.4.3.6	Antrag auf Einholung eines Gutachtens nach § 109 SGG	73
4.4.3.7	Antrag auf Übernahme der Kosten des Gutachtens nach § 109 SGG	74
4.4.4	Privatgutachten	74

4.4.5 Inhalt der Beweisanordnung	75
4.4.5.1 Festlegung des Beweisthemas	75
4.4.5.2 Vorgabe von Anknüpfungstatsachen	75
4.4.5.3 Typische beweisbedürftige Tatsachen als Gegenstand des Sachverständigenbeweises	76
4.5 Beweisanforderungen	91
4.6 Beweisschwierigkeiten	92
4.7 Beweiswürdigung	93
4.7.1 Grundsatz	93
4.7.2 Verstoß gegen allgemeine Erfahrungssätze	94
4.7.3 Unterlassene oder vorweggenommene Beweiswürdigung	94
4.7.4 Außerachtlassen des Gesamtergebnisses des Verfahrens	94
4.7.5 Fehlerhafte Beweiswürdigung bei widersprechenden Gutachten	95
4.8 Das Beweissicherungsverfahren	95
5 Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen	96
5.1 Ausschließungsgründe	97
5.2 Besorgnis der Befangenheit	98
5.3 Verfahren bei der Ablehnung	98
5.4 Ablehnung des Sachverständigen	99
6 Unterbrechung, Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	101
7 Änderungen des Prozessrechts im laufenden Verfahren	104
IV. Kapitel Das Klagesystem	107
1 Allgemeines	107
2 Isolierte Anfechtungsklage	108
3 Verpflichtungsklage	113
4 Vorverfahren bei Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	117
4.1 Allgemeines	118
4.2 Ausnahmen von der Vorverfahrenspflicht	118
4.2.1 Fehlendes Vorverfahren kraft Gesetzes	118
4.2.2 Fehlendes Vorverfahren in anderen Fällen	119
4.2.3 Besonderheiten des Vertragsarztrechts	119
4.3 Einleitung und Auswirkungen des Widerspruchsverfahrens	120
4.3.1 Form der Einlegung des Widerspruchs	120
4.3.2 Widerspruchsfrist	121
4.3.3 Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs	121
4.3.4 Aussetzung der Vollziehung und Anordnung der aufschiebenden Wirkung	124
4.3.5 Einbeziehung neuer Verwaltungsakte gemäß § 86 Abs. 1	125
4.3.6 Verbot der reformatio in peius	125
4.3.7 Inhalt und Bekanntgabe des Widerspruchsbescheids	125
4.3.8 Kosten des Widerspruchsverfahrens	126
5 Untätigkeitsklage	128
6 Leistungsklage	132

7	Die kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage	136
8	Feststellungsklage	141
8.1	Gegenstand der Feststellungsklage	141
8.2	Spezielle Regelungen der Feststellungsklage	143
8.3	Feststellungsinteresse	145
8.4	Subsidiarität der Feststellungsklage	145
8.5	Kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage	147
8.6	Kombinierte Anfechtungs-, Leistungs- und Feststellungsklage	148
9	Fortsetzungsfeststellungsklage	149
10	Sozialgerichtliche Normenkontrolle	150
V.	Kapitel Der vorläufige Rechtsschutz	153
1	Bedeutung des vorläufigen Rechtsschutzes	153
2	Arten des vorläufigen Rechtsschutzes	153
3	Rechtsentwicklung	154
4	Kodifizierung des vorläufigen Rechtsschutzes im SGG	155
4.1	Allgemeine Grundsätze des vorläufigen Rechtsschutzes	155
4.2	Vorläufiger Rechtsschutz unabhängig von Erfolgsaussichten in der Hauptsache	156
5	Ausschluss der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes	157
5.1	Entscheidung über Versicherungspflichten, Anforderung von Beiträgen	157
5.2	Entziehung oder Herabsetzung laufender Leistungen	158
5.3	Ausschluss durch Bundesgesetz	159
5.4	Anordnung der sofortigen Vollziehung durch die Behörde	162
5.4.1	Zeitpunkt und Dauer der Vollzugsanordnung	163
5.4.2	Voraussetzungen der Vollziehungsanordnung	163
6	Aussetzung der Vollziehung/Anordnung der aufschiebenden Wirkung	164
6.1	Aussetzung durch die Verwaltung	164
6.2	Suspendierung durch das Gericht	164
6.2.1	Anordnung, Wiederherstellung und Feststellung der aufschiebenden Wirkung	164
6.2.2	Maßstab der gerichtlichen Entscheidung	165
6.2.2.1	Summarische Prüfung	165
6.2.2.2	Interessenabwägung	165
6.3	Anordnung der Aufhebung der Vollziehung	166
6.4	Vorläufiger Rechtsschutz in Anfechtungssachen in Fällen der Existenzsicherung	166
7	Vorläufiger Rechtsschutz in Vornahmesachen	167
7.1	Rechtsentwicklung	167
7.2	Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund	168
7.3	Inhalt der einstweiligen Anordnung	172
7.4	Vollziehung der einstweiligen Anordnung	172

8	Allgemeine Prozessvoraussetzungen im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes	173
8.1	Antrag	173
8.2	Rechtsschutzbedürfnis	173
8.3	Weitere Verfahrensfragen	174
8.4	Erstattungs- und Schadensersatzansprüche	175
8.5	Kosten und Gebühren	175
9	Spezielle Regelungen des vorläufigen Rechtsschutzes	175
9.1	Einstweilige Anordnung in Wahlangelegenheiten der Selbstverwaltungsorgane	175
9.2	Einstweilige Anordnungen gegen Feststellungen des Neutralitätsausschusses	176
9.3	Einstweilige Anordnung gegen Vollstreckung aus Urteilen und Beschlüssen	176
10	Vorläufiger Rechtsschutz im Berufungsverfahren	176
11	Schriftsatzmuster zum vorläufigen Rechtsschutz	176
11.1	Mit der Klage verbundener Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung	176
11.2	Isolierter Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung	178
11.3	Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung und auf Erlass einer einstweiligen Anordnung in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende	179
VI. Kapitel Die Verfahrensbeteiligten		183
1	Allgemeines	183
2	Streitgenossenschaft	184
3	Beiladung	184
3.1	Allgemeines	185
3.2	Arten der Beiladung	185
3.3	Verfahren	190
3.4	Beiladung in Massenverfahren	191
3.5	Auswirkungen der Beiladung	192
3.6	Rechtsmittelbefugnis des Beigeladenen	193
3.7	Beiladungsantrag	194
4	Prozessfähigkeit	195
5	Prozessführungsbefugnis	196
6	Prozessbevollmächtigte und Beistände	197
6.1	Allgemeines	198
6.2	Ausschluss von Bevollmächtigten	198
6.3	Schriftliche Vollmacht	200
6.4	Auswirkungen einer Bevollmächtigung	201
6.5	Beistände	201
7	Der besondere Vertreter	202
8	Prozesskostenhilfe	203
8.1	Rechtsgrundlagen und Bedeutung im sozialgerichtlichen Verfahren	203
8.2	Besonderheiten des sozialgerichtlichen Verfahrens	204

8.3	Voraussetzungen der PKH-Bewilligung	204
8.3.1	Wirtschaftliches Unvermögen	204
8.3.2	Hinreichende Erfolgsaussicht	206
8.3.3	Mutwilligkeit der Rechtsverfolgung	206
8.4	Beiordnung eines Anwalts	207
8.5	Verfahrensrechtliche Fragen der PKH	209
8.5.1	Zeitpunkt der Antragstellung	209
8.5.2	Entscheidung des Gerichts	210
8.5.3	Rechtsmittel	212
8.6	Beschwerde gegen PKH-Beschluss des SG	213
VII. Kapitel Das erstinstanzliche Verfahren		217
1	Die Klageerhebung	217
1.1	Form der Klageerhebung	217
1.2	Inhalt der Klageschrift	218
1.3	Klagefrist	220
1.4	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	221
1.4.1	Anwendungsbereich	222
1.4.2	Fristversäumnis ohne Verschulden	222
1.4.3	Verschulden bei Vertretung	222
1.4.4	Verschulden bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts	223
1.4.5	Einzelfragen zum Verschulden	223
1.4.6	Verfahren bei Wiedereinsetzung	224
1.4.7	Entscheidung und Rechtsmittel	225
1.5	Zuständiges SG	226
1.5.1	Örtliche Zuständigkeit	226
1.5.1.1	Grundregel	226
1.5.1.2	Sitz, Wohnsitz, Aufenthalts- und Beschäfti- gungsort	226
1.5.1.3	Ausnahmen	227
1.5.1.4	Bestimmung des zuständigen Gerichts durch das nächsthöhere	229
1.5.2	Sachliche Zuständigkeit	229
1.5.3	Verweisung wegen Unzuständigkeit	230
1.6	Wirkungen der Klageerhebung	232
1.6.1	Rechtshängigkeit	232
1.6.1.1	Eintritt der Rechtshängigkeit	232
1.6.1.2	Folgen der Rechtshängigkeit	232
1.6.1.3	Ende der Rechtshängigkeit	233
1.6.2	Suspensiveffekt im engeren Sinn	233
1.6.3	Aufschiebende Wirkung der Klage	233
1.7	Gegenstand des Rechtsstreits	234
1.7.1	Allgemeines	234
1.7.2	Dispositionsprinzip	234
1.7.3	Streitgegenstand bei den einzelnen Klagearten	235

1.7.4	Klageänderung	236
1.7.4.1	Änderung des Klageantrags	237
1.7.4.2	Änderung des Klagegrunds und Beteiligtenwechsel	237
1.7.4.3	Sachdienlichkeit der Klageänderung	238
1.7.4.4	Vorliegen der Sachurteilsvoraussetzungen	238
1.7.4.5	Klageänderung in den Rechtsmittelinstanzen	239
1.7.4.6	Entscheidung über die Klageänderung	239
1.7.5	Einbeziehung neuer Verwaltungsakte	239
1.7.5.1	Voraussetzungen	240
1.7.5.2	Auswirkungen des § 96	243
1.7.5.3	Anwendung des § 96 in den Rechtsmittelinstanzen	243
1.7.5.4	Fehlerhafte Behandlung des Folgebescheids	244
1.7.6	Der maßgebende Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage	245
1.7.7	Nachschieben von Gründen	247
1.8	Die Widerklage	247
1.9	Klagehäufung	248
1.10	Verbindung und Trennung von Verfahren	248
2	Das vorbereitende Verfahren	249
2.1	Übersendung der Klageschrift an die übrigen Beteiligten	249
2.2	Hinweispflichten des Vorsitzenden	250
2.3	Gewährung von Akteneinsicht – § 120	251
2.4	Vorbereitende Schriftsätze	252
2.5	Elektronische Dokumente	253
2.6	Maßnahmen zur Aufklärung des Sachverhalts	254
2.7	Zurückweisung verspäteten Vorbringens	256
2.7.1	Der Erörterungstermin	257
2.7.2	Rückverweisung an die Verwaltung	259
2.8	Terminierung und Ladung zur mündlichen Verhandlung	259
3	Die mündliche Verhandlung	262
3.1	Bedeutung der mündlichen Verhandlung	262
3.2	Verzicht auf die mündliche Verhandlung	262
3.3	Ablauf der mündlichen Verhandlung	263
3.3.1	Formulierung der Anträge	264
3.3.2	Beweiserhebung in der mündlichen Verhandlung	264
3.3.3	Schließung der mündlichen Verhandlung	265
3.3.4	Abwesenheit eines oder mehrerer Beteiligten	265
3.3.5	Grundsatz der Öffentlichkeit	266
3.4	Einsatz von Videokonferenzen	266
4	Der Abschluss des Verfahrens	268
4.1	Ohne gerichtliche Entscheidung	268
4.1.1	Klagerücknahme	268
4.1.2	Anerkenntnis	271
4.1.2.1	Kostenregelung beim Anerkenntnis	272
4.1.2.2	Anerkenntnisurteil	273

4.1.3 Vergleich	273
4.1.3.1 Verfügungsbefugnis über den Gegenstand der Klage	274
4.1.3.2 Vergleich unter Widerrufsvorbehalt	274
4.1.3.3 Anfechtung des Vergleichs	274
4.1.3.4 Kostenfolge beim Vergleich	274
4.2 Gerichtsbescheid	275
4.2.1 Voraussetzungen	275
4.2.2 Rechtsmittel	277
4.3 Urteil	278
4.3.1 Arten der Urteile	278
4.3.2 Urteile nach mündlicher Verhandlung oder im schriftlichen Verfahren	280
4.3.3 Begründung des Urteils	281
4.3.4 Zustellung von Urteilen	282
4.3.5 Nachträgliche Änderung des Urteils	282
4.3.5.1 Berichtigung offenkundiger Unrichtigkeiten	282
4.3.5.2 Tatbestandsberichtigung	282
4.3.5.3 Urteilsergänzung	283
4.4 Die Wirkungen des Urteils	284
VIII. Kapitel Das Berufungsverfahren	285
1 Rechtsentwicklung	285
2 Systematik der Berufsregeln	286
3 Beschwer des Berufungsklägers	286
4 Beschränkungen der Statthaftigkeit der Berufung	287
4.1 Allgemeine Grundsätze	287
4.2 Geld-, Dienst- oder Sachleistung	288
4.2.1 Geldleistung	288
4.2.2 Dienst- oder Sachleistung	289
4.3 Erstattungsstreitigkeiten	289
4.4 Wert des Beschwerdegegenstands	290
4.4.1 Verfahren	291
4.4.2 Berechnung des Werts	291
4.4.3 Maßgebender Zeitpunkt für die Beurteilung des Werts	291
4.5 Statthaftigkeit bei wiederkehrenden und laufenden Leistungen	292
4.5.1 Wiederkehrend oder laufend	292
4.5.2 Leistungen für mehr als ein Jahr	293
4.5.3 Erstattungsstreitigkeiten	293
5 Zulassung der Berufung	294
5.1 Zulassungsgründe	294
5.1.1 Grundsätzliche Bedeutung (§ 144 Abs. 2 Nr. 1)	295
5.1.2 Abweichung von Entscheidungen übergeordneter Gerichte (§ 144 Abs. 2 Nr. 2)	295

5.1.3	Verfahrensfehler (§ 144 Abs. 2 Nr. 3)	296
5.1.4	Häufige Verfahrensfehler	297
5.2	Die Berufungszulassung als Nebenentscheidung im Urteil des SG	299
5.3	Fehlende Zulassungsentscheidung	300
5.4	Negative Zulassungsentscheidung bei statthafter Berufung	301
5.5	Nichtzulassungsbeschwerde	301
5.5.1	Form und Frist	301
5.5.2	Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung	302
5.5.3	Keine Abhilfe durch das SG	304
5.5.4	Entscheidung durch das LSG	304
6	Durchführung des Berufungsverfahrens	305
6.1	Einlegung der Berufung	305
6.1.1	Berufungsfrist	305
6.1.2	Form der Berufung	306
6.1.3	Berufungsschrift mit Begründung der Berufung	308
6.2	Das Verfahren	310
6.3	Wirkungen der Berufung	313
6.4	Abschluss des Berufungsverfahrens	313
6.4.1	Berufungsrücknahme	313
6.4.2	Urteil oder Beschluss	314
6.4.2.1	Beschluss bei unzulässiger Berufung	316
6.4.2.2	Beschluss bei unbegründeter Berufung	316
6.4.2.3	Begründungserleichterung im Urteil	317
6.5	Anschlussberufung und Verschlechterungsverbot	318
IX. Kapitel	Revision	321
1	Rechtsmittel	321
2	Zulassung der Revision	322
3	Zulassung durch das LSG	323
3.1	Ausspruch der Zulassung	323
3.2	Umfang der Zulassung	323
3.3	Zulassungsgründe	324
3.4	Bindung des BSG an Zulassung und Nichtzulassung	325
4	Zulassung durch das SG – sog. Sprungrevision	326
4.1	Zulassungsvoraussetzung	327
4.2	Ausspruch der Zulassung	327
4.2.1	Zulassung durch Urteil	327
4.2.2	Zulassung durch Beschluss	328
4.3	Umfang der Zulassung	331
4.4	Zulassungsgründe	331
4.5	Bindung des BSG an die Entscheidung des SG	331
4.6	Einlegung der Sprungrevision	332
4.7	Wirkung der Zustimmung und Einlegung sowie Ablehnung der Sprungrevision	332
5	Zulassung durch das BSG – Nichtzulassungsbeschwerde	333
5.1	Allgemeines	333

5.2	Zulassungsgründe	335
5.2.1	Überblick	335
5.2.2	Grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache	337
5.2.2.1	Rechtsfrage	337
5.2.2.2	Grundsätzliche Bedeutung	338
5.2.2.3	Klärungsbedürftigkeit	340
5.2.2.4	Klärungsfähigkeit	342
5.2.3	Divergenz	345
5.2.3.1	Abweichung	345
5.2.3.2	Beruhren	349
5.2.4	Verfahrensmangel	350
5.2.4.1	Mängel des gerichtlichen Verfahrens vor dem LSG	350
5.2.4.2	Beschränkungen der Verfahrensrügen im Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde, insbes. § 160 Abs. 2 Nr. 3	352
5.2.4.3	Einzelbeispiele für Verfahrensfehler	360
5.2.4.4	Geltendmachung des Verfahrensmangels	382
5.2.4.5	Vorliegen des Verfahrensmangels	382
5.2.4.6	Beruhren der Entscheidung auf dem Verfahrensmangel	382
5.3	Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde	383
5.3.1	Vertretungszwang, Schriftform	384
5.3.2	Bezeichnung der Beschwerde	385
5.3.3	Beschränkung auf einen prozessual selbstständigen Teil des Streitgegenstandes	385
5.3.4	Einlegung beim BSG; Urteilsabschrift	385
5.3.5	Beschwerdefrist	386
5.3.6	Begrenzung der Tätigkeit eines Prozessbevollmächtigten auf die Einlegung der Beschwerde bei gleichzeitigem Prozesskostenhilfeantrag	387
5.3.7	Rücknahme der Beschwerde	388
5.3.8	Anschlussbeschwerde	388
5.4	Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde	389
5.4.1	Begründungszwang; Vertretungszwang; Frist	389
5.4.2	Darlegung und Bezeichnung der Zulassungsgründe, § 160a Abs. 2 Satz 3	393
5.4.2.1	Darlegung der grundsätzlichen Bedeutung	395
5.4.2.2	Bezeichnung der Divergenz	402
5.4.2.3	Bezeichnung des Verfahrensmangels	405
5.5	Begründetheit der Nichtzulassungsbeschwerde	412
5.6	Entscheidung des BSG	413
6	Revisionsverfahren	416
6.1	Vertretungszwang	416
6.1.1	Sachlicher Umfang des Vertretungszwangs	416
6.1.2	Dem Vertretungszwang unterliegende Beteiligte	419
6.1.3	Vertretungsbefugnis	420

6.2	Revisionseinlegung	425
6.2.1	Revisionsfrist	425
6.2.2	Revisionsschrift	429
6.2.3	Zustimmungserklärung des Gegners für die Sprungrevision	430
6.3	Revisionsbegründung	433
6.3.1	Revisionsbegründungsfrist	433
6.3.2	Begründung	436
6.3.2.1	Verletzung einer Rechtsnorm	436
6.3.2.2	Revisibles Recht	439
6.3.2.3	Bindung an die tatsächlichen Feststellungen	443
6.3.2.4	Revisionsantrag	446
6.3.2.5	Bezeichnung der verletzten Rechtsnorm	448
6.3.2.6	Bezeichnung des Verfahrensmangels	451
6.3.2.7	Unterschrift	457
6.4	Anschlussrevision	458
7	Verfahren vor dem BSG	460
7.1	Revisionsverfahren	460
7.2	Verfahren vor dem BSG in erster und letzter Instanz	463
8	Entscheidung des BSG	463
8.1	Unzulässige Revisionen	463
8.2	Unbegründete und begründete Revisionen	466
8.2.1	Unbegründete Revisionen	466
8.2.2	Begründete Revisionen	468
8.3	Unterschriften der Richter	474
X. Kapitel Beschwerde, Erinnerung, Anhörungsrüge, Verzögerungsrüge		475
1	Beschwerde	475
1.1	Statthaftigkeit	475
1.1.1	Statthafte Beschwerden, Entscheidungen des SG oder des Vorsitzenden	475
1.1.2	Nicht statthafte Beschwerden	477
1.1.3	Beschwerde und weitere Rechtsbehelfe	480
1.2	Einlegung der Beschwerde	480
1.2.1	Beschwerdefrist	480
1.2.2	Beschwerdeschrift	481
1.3	Aufschiebende Wirkung; Aussetzung des Vollzuges	482
1.4	Entscheidung über die Beschwerde	483
1.4.1	Keine Abhilfe durch das SG oder den Vorsitzenden; Vorlage	483
1.4.2	Entscheidung durch das LSG	483
1.4.3	Kostenentscheidung	485
2	Erinnerung	485
3	Anhörungsrüge	487
3.1	Entstehungsgeschichte	487
3.2	Außerordentlicher Rechtsbehelf	488
3.3	Gegenstand der Anhörungsrüge	488

3.4	Gegenvorstellung	490
3.5	Rügefrist	491
3.6	Durchführung der Anhörungsrüge	492
3.7	Entscheidung des Gerichts	492
4	Verzögerungsrüge	494
XI.	Kapitel Wiederaufnahme des Verfahrens	499
1	Bedeutung im sozialgerichtlichen Verfahren	499
2	Wiederaufnahme nach § 179	500
2.1	Wiederaufnahme nach dem Vierten Buch der ZPO	500
2.1.1	Rechtskräftig das Verfahren abschließende Entscheidungen	500
2.1.2	Nichtigkeitsklage	501
2.1.3	Restitutionsklage	504
2.1.3.1	Wiederaufnahme nach § 580 Nrn. 1 bis 6 und 8 ZPO	504
2.1.3.2	Wiederaufnahme nach § 580 Nr. 7 ZPO	505
2.2	Wiederaufnahme nach § 179 Abs. 2	508
2.3	Klagegegenstand	509
2.4	Zuständiges Gericht	509
2.5	Verfahren	510
2.5.1	Zulässigkeit der Klage	511
2.5.2	Begründetheit der Klage	513
2.5.3	Neue Verhandlung	513
2.5.4	Kostenentscheidung, Rechtsmittel	514
3	Wiederaufnahme bei einander widersprechenden Entscheidungen (§ 180)	515
3.1	Spezifische Art der Wiederaufnahme	515
3.2	Wiederaufnahmegründe	516
3.3	Verfahren	517
4	Vermeidung von einander widersprechenden Entscheidungen (§§ 181, 182)	520
4.1	Verfahren bei Gefahr unvereinbarer Entscheidungen (§ 181)	520
4.2	Negativer Zuständigkeitskonflikt (§ 182)	521
XII.	Kapitel Kosten	523
1	Verfahren, in denen Kläger oder Beklagter zu den in § 183 genannten Personen gehören	523
1.1	Gerichtskostenfreiheit für privilegierte Personengruppen	523
1.2	Pauschgebühr	527
1.2.1	Gebührensschuldner	527
1.2.2	Entstehen und Höhe der Pauschgebühr	528
1.3	Auslagenvergütung für Beteiligte	530
1.4	Mutwillens- bzw. Verschuldenskosten	533
1.4.1	Adressaten: Beteiligte, Vertreter und Bevollmächtigte	534
1.4.2	Verschleppung, Missbräuchlichkeit	535
1.4.3	Im Verwaltungsverfahren unterbliebene Ermittlungen	539

1.4.4	Entstandene Kosten	540
1.4.5	Entscheidung des Gerichts	542
1.5	Kostenerstattung unter den Beteiligten – Kostengrundscheid- scheidung (§ 193 SGG)	544
1.5.1	Grundsätze der Kostenerstattung	544
1.5.2	Verfahren	548
1.5.2.1	Urteil und gleichgestellte Entscheidungen	548
1.5.2.2	Entscheidung über die Kosten durch Beschluss	550
1.5.2.3	Kostenbestimmung im Vergleich	551
1.5.3	Erstattungsfähige Kosten	552
1.6	Betragsmäßige Festsetzung der zu erstattenden Kosten	555
1.6.1	Antrag; Prüfumfang	556
1.6.2	Rechtsanwaltsgebühren	558
1.6.2.1	Betragsrahmengebühren – Rechtsentwicklung und allgemeine Grundsätze	558
1.6.2.2	Einzelne Gebührentatbestände	561
1.6.2.3	Ausfüllung des Gebührenrahmens	565
2	Verfahren, in denen weder der Kläger noch der Beklagte zu den in § 183 genannten Personen gehören	571
2.1	Rechtsentwicklung und Grundsätze	571
2.2	Kosten nach dem Gerichtskostengesetz (GKG)	574
2.3	Kostenlast und Kostenerstattung unter den Beteiligten	578
2.3.1	Kostentragungspflicht und Kostenverteilung	578
2.3.2	Kostenentscheidung	583
2.3.3	Erstattungsfähige Kosten	584
2.3.4	Rechtsanwaltsgebühren	585
2.3.4.1	Bemessung der Gebühren nach dem Gegenstandswert	585
2.3.4.2	Einzelne Gebührentatbestände	586
3	Festsetzung der Kosten durch den Urkundsbeamten; Anrufung des Gerichts	587
XIII. Kapitel Vollstreckung	591
1	Grundsätze, Verweisung	591
2	Vollstreckung zugunsten natürlicher Personen oder juristischer Personen des Privatrechts	593
2.1	Vollstreckungstitel	593
2.2	Vollstreckbare Ausfertigung, Vollstreckungsklausel, Vollstre- ckungsgericht	595
2.3	Vollstreckung aus Verpflichtungsurteilen	596
2.4	Einstweilige Anordnung über die Aussetzung der Vollstreckbarkeit	597
2.5	Rechtsmittel	601
3	Vollstreckung zugunsten der öffentlichen Hand	601
Besonderheiten des sozialgerichtlichen Verfahrens in Schlagworten	603

Sozialgerichtsgesetz (SGG)	611
Stichwortverzeichnis	683